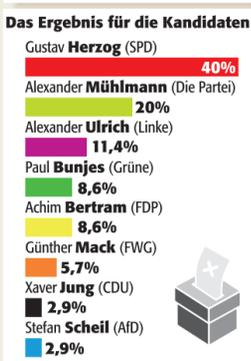
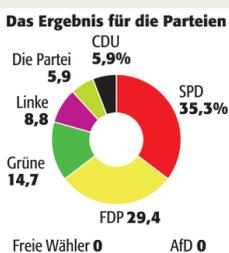


RHEINPFALZ-AKTION: SPEEDDATING MIT DEN BUNDESTAGSKANDIDATEN

SPEEDDATING UND WAHLEN

Nach der RHEINPFALZ-Speeddating-Premiere im März 2016 zur Landtagswahl gab es vergangene Woche mit den Bewerbern ums Direktmandat im Wahlkreis 209 zur Bundestagswahl eine Neuauflage des Speeddatings. Besonders erwähnenswert: Im ganzen Wahlkampf kamen nur zu dieser einen Veranstaltung alle Kandidaten zusammen. Das Speeddating fand im Hohenstaufen-Gymnasium in Kaiserslautern statt. 24 Fragen galt es zu beantworten, für jede Antwort hatten die Bewerber eineinhalb Minuten Zeit. Alle acht Kandidaten bekamen von den Schülern zweier Sozialkunde-Leistungskurse dieselben Fragen gestellt. Im Anschluss durften die Schüler unter den neugewonnenen Eindrücken ihre Stimme abgeben. |bgi

SO HABEN DIE SCHÜLER GEWÄHLT



Alle auf einem Bild: Schüler, Kandidaten und die beiden Lehrer Fabian Walther (links) und Judith Berres (vorne links), die das Speeddating mit ihren Kursen vorbereitet haben.

FOTO: VIEW

„Ein wertvoller Beitrag“

Beim RHEINPFALZ-Speeddating kommen Elftklässler mit den Bundestagskandidaten des Wahlkreises 209 ins Gespräch

VON ANDREAS SEBALD

Interessant, überraschend, ein wertvoller Beitrag für die politische Bildung: Die Schüler der beiden Sozialkunde-Leistungskurse des Hohenstaufen-Gymnasiums in Kaiserslautern, die die acht Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 209 mit 24 Fragen löchern durften, haben aus der Veranstaltung etwas mitgenommen, zeigt eine kurze Umfrage danach.

„Eine tolle Veranstaltung“, fand Sozialkunde-Lehrer Fabian Walther. Er betreut einen der beiden Leistungskurse

aus der elften Jahrgangsstufe des Hohenstaufen-Gymnasiums.

Die RHEINPFALZ hatte ein Speeddating in der Schule organisiert. Bei dem Format mussten sich die acht Direktkandidaten für den Bundestag den Fragen der Schüler stellen und spontan antworten. Die Kandidaten blieben an den Tischen sitzen, die Schüler wechselten nach drei Fragen die Tische. 90 Sekunden hatten die Politiker jeweils für ihre Antworten Zeit. Dass Schüler so nah an die Kandidaten ran kommen und sie auch noch für ihre Fragen allein haben, sei eher selten, so Walther. „Ein wertvoller Beitrag für die politische Bildung.“

„Es macht den Schülern Spaß, die Kandidaten zu löchern“, ergänzte Walthers Kollegin Judith Berres, die einen Parallelkurs Sozialkunde leitet. Dass alle acht Kandidaten aus dem Wahlkreis zur Veranstaltung ans Hohenstaufen-Gymnasium gekommen waren, spreche für sich und präsentiere den Schülern „eine spannende Mischung“, was die unterschiedlichen Ansichten anbelange.

Die Lehrer fanden es top, die Schüler hatten ebenfalls wenig bis gar nichts zu meckern. Lediglich die Tatsache, dass die Protokollanten nur einen Kandidaten richtig erleben konnten, stieß auf Kritik: Jedem Kandida-

ten standen Schüler für die komplette Veranstaltung zur Seite, die auch die Texte auf diesen Seiten geschrieben haben.

David Bauer fand die Antworten der Kandidaten „sehr interessant“, Lena Leidel pflichtete dem bei und hob insbesondere die Antworten von Die-Partei-Kandidat Alexander Mühlmann hervor: „Das war mal was anderes, das zu hören.“

Leon Becker hat bei den Kandidaten eine gewisse Nervosität gespürt. „Die wussten ja nicht so recht, was kommt.“ Trotzdem sei keiner um eine Antwort verlegen gewesen, jeder habe die 90 Sekunden gut zu nutzen ge-

wusst. „Bei den allgemeinen Fragen war die Zeit ausreichend, bei spezielleren Themen wurde es schon ein wenig eng“, sagte er.

Nur zwei der Schüler dürfen am 24. September tatsächlich wählen. Eine davon ist Vestine Ghimbasan. Sie fand die Antworten durch die Bank interessant und gut, einen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung habe die Veranstaltung aber nicht. „Die Kandidaten haben zu Themen was gesagt, die man sonst nicht so hört“, sagte David Bauer. Er kann die Veranstaltung „nur weiterempfehlen.“ Evelyn Wirschke hatte nach der Fragerunde „ein klares Bild von den Parteien“.

„Ein wenig zurückhalten“

Xaver Jung (CDU) rät dem amerikanischen Präsidenten zum Rücktritt

VON GERO MATOVINOVIC UND SUSANNE FRITZLER

Als ehemaliger Lehrer begegnete CDU-Direktkandidat Xaver Jung den jungen Menschen offen, souverän und schülernah. Er nannte Probleme, die auch die Schüler betreffen und vertrat stets seine persönliche Meinung.

„Geduldig, zielorientiert und heimatverbunden“, beschrieb sich Jung. Diese Heimatverbundenheit zeigte sich im Laufe des gesamten Gesprächs und wurde vor allem bei der Frage, inwiefern der CDU-Direktkandidat dem Wahlkreis helfen könne, deutlich. Insbesondere Kaiserslautern benötige die Hilfe des Bundes, da die Stadt zu den verschuldetsten Kommunen Deutschlands gehöre. Es solle ein eigenes Ministerium für den ländlichen Raum geben, um solche Probleme lösen zu können.

Jung forderte die Einführung einer gleichwertigen Abiturprüfung sowie gleiche Standards in der gesamten



Bildungspolitik ist dem ehemaligen Lehrer Xaver Jung wichtig. FOTO: VIEW

Bundesrepublik. Gleichmaßen sollten auch berufliche Bildungsmöglichkeiten in Handwerk und Handel gestärkt werden.

Ob er Flüchtlinge bei sich aufnehmen würde, wenn er ein Zimmer frei hätte? Nach kurzem Überlegen antwortete Jung auf eine leicht umgestellte Frage: Wenn er eine unbe-

wohnte Wohnung hätte, so würde er sie selbstverständlich aufnehmen. Es müsse jedoch jemanden geben, der sich um die Flüchtlinge kümmert, da er als Politiker oft unterwegs ist.

Beim Thema Weltpolitik forderte Jung bei der Frage, was er an der aktuellen amerikanischen Politik ändern würde, dass sich US-Präsident Donald Trump ein wenig zurückhalten solle. Um weiteren Schaden zu vermeiden, würde Jung an Trumps Stelle zurücktreten. Auf die Frage, was er gerne Erdogan sagen würde, antwortete Jung: „Warum machst du alles kaputt, was du nach so vielen Jahren aufgebaut hast?“

Wieso sollten die Jugendlichen gerade die CDU wählen? Darauf entgegnete Jung, dass die CDU eine Volkspartei sei, die alle Altersgruppen anspreche. Sie setze gezielt auf die Förderung junger Familien und sei sich bewusst, dass die Ökologie für die Zukunft eine wichtige Rolle spielt. Stolz erwähnte er, dass es seit dem Regieren der CDU zu keiner weiteren Verschuldung im Land gekommen sei.

„Schaukeln sich gegenseitig hoch“

Paul Bunjes (Grüne) will Elektromobilität voranbringen und Kommunen stärken

VON NADINE HELFRICH UND LARA BURKHART

Paul Bunjes ist der Direktkandidat der Grünen im Wahlkreis 209. Der 22-Jährige ist gelernter Landwirt und kommt aus Kaiserslautern. Besonders wichtig sind ihm die Themen Umweltschutz und nachhaltige Landwirtschaft.

Der Grünen-Politiker will mit seiner Partei einiges verändern – wenn er denn gewählt wird. Es sei wichtig, den Wirtschaftsstandort Kaiserslautern zu fördern, so Bunjes. Doch nicht nur die Stadt Kaiserslautern soll profitieren, er will die Kommunen entlasten und die Grundversorgung in den Landkreisen verbessern.

Auf Bundesebene, so Bunjes, wolle er sich vor allem für den Klimaschutz einsetzen. Er möchte die Elektromobilität voranbringen und die Landwirtschaft zukunftsfähig machen. Klimaschutz dürfe aus seiner Sicht nicht in Vergessenheit geraten und müsse global gelöst werden.



Will Bundeswehreinheiten überdenken: Paul Bunjes. FOTO: VIEW

Im Bereich Soziales will Bunjes mit seiner Partei Veränderungen schaffen. So sei es zum Beispiel wichtig, dass Menschen in sozialen Berufen mehr verdienen, da nicht nur die Pflegekräfte, sondern auch die Gepflegten unter der geringen Bezahlung litten. Durch das bedingungslose Grundeinkommen könne Erziehung und Pflege von Angehörigen mehr wertgeschätzt

werden. Bei der Rente müsse man sich fragen: „Wie machen wir die Rente sicher?“ Eine Möglichkeit sieht Bunjes darin, dass alle, also auch Beamte und Selbstständige, in die gesetzliche Rentenversicherung einbezahlen.

Die Bildungspolitik in Deutschland müsse moderner und selbstbestimmter werden. Bunjes möchte im Bildungsbereich Chancengleichheit schaffen, dafür sei es wichtig, Bafög an die Lebensverhältnisse anzupassen und nicht an das Gehalt der Eltern. Kritik äußerte der Kandidat in Bezug auf die Verteidigungspolitik. Zum einen findet er, dass man Rüstungsexporte besser regulieren müsse, zum anderen müsse man die Auslandseinsätze überdenken. Der junge Politiker fand, dass viel zu selten über die Alternativen nachgedacht werde.

Bedenklich schätzt er die aktuelle Lage in Nordkorea ein. „Die beiden Machthaber Schaukeln sich gegenseitig hoch und sind unberechenbar“, so Bunjes. Eine Eskalation sei eine Katastrophe für die ganze Welt.

„Die Rente ist sicher gefährdet“

Stefan Scheil (AfD) will den Parlamentarismus stärken

VON TIM GUGEL UND TOBIAS KLEIN

Auch der Direktkandidat der AfD im Wahlkreis 209 und Fünftplatzierte der Landesliste Rheinland-Pfalz, Stefan Scheil, stellte sich den Schüler-Fragen. Der Historiker ist seit April 2013 Mitglied der AfD und arbeitet als Journalist und Autor.

Seine Persönlichkeit sei ausgeglichen, entschlossen und zäh. Seine Vorhaben verfolge er immer zielstrebig, und aus der Ruhe lasse er sich sowieso nicht bringen, beschreibt Scheil sich selbst. Im Bundestag habe er vieles vor, wie zum Beispiel die Stärkung des Parlamentarismus, da in seinen Augen viele Entscheidungen, die in den Koalitionen getroffen werden, vom Parlament nur abgenickt würden. Nicht umsonst habe man eine Gewaltenteilung in Deutschland, die unabhängig voneinander kontrollieren solle.

Von der AfD ist Scheil voll und ganz



Will Grenzkontrollen wieder einführen: Stefan Scheil. FOTO: VIEW

überzeugt, er habe noch keiner anderen Partei angehört. In seinem Alter habe er kein Vorbild mehr, das auch all seine Interessen decke. Außerdem sei er nie ein Freund von Fixierung auf eine einzelne Person gewesen, sagte Scheil.

Er kritisierte, dass die Grenzen Deutschlands offen für jedermann

seien und bekräftigte dies mit der Aussage: „Das geht einfach gar nicht, das können wir uns nicht leisten.“ Seine Verbesserungsvorschläge bestehen in der Wiedereinführung von Grenzkontrollen und der Registrierung jedes einzelnen deutschen Staatsbürgers.

Scheil zur Bezahlung von Pflegekräften: „Da müssten die Leute mehr verdienen. Das ist ganz klar.“ In Deutschland würde man in diesem Berufszweig deutlich weniger verdienen als in anderen EU-Ländern. Vor allem müsse man berücksichtigen, wie hart diese Arbeit ist und dass dort, wie er sagt, „mit 50 Jahren Schluss sei“. An Systemänderungen seien jedoch schon viele gescheitert. „Die Rente ist sicher gefährdet“, sagte Scheil als Replik auf die Aussage „Die Rente ist sicher“. In seinen Augen wird die Rente fast ausschließlich staatsfinanziert, und das System der umlagefinanzierten Rentenversicherung funktioniere schon lange nicht mehr.

„Eine blamable Veranstaltung“

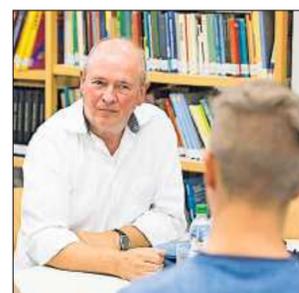
Günther Mack (Freie Wähler) kritisiert den Wahlkampf

VON SEBASTIAN RAYMOND UND SIMON THEOBALD

Durch seine jahrelange Erfahrung als Ortsbürgermeister in Bubenheim kennt Günther Mack die Probleme und Sorgen im kommunalen Bereich. Nun will er mit den Freien Wählern auch auf Bundesebene mitmischen.

Sich selbst beschrieb Mack als ungedulden, aber geselligen Menschen, der es auch mal gerne krachen lässt. Als Katholik sei sein größtes Vorbild Papst Franziskus, weil der sich trauere, auf die aktuellen Missstände der Welt einzugehen.

Klare Worte fand Mack für die geringen Löhne der Pflegekräfte. Aus eigenen Erfahrungen wisse er, wie schwer es ist, einen alten Menschen zu pflegen. Darum fordere er eine bessere Bezahlung für Pflegehilfen, da jeder im Alter auf Hilfe angewiesen sei. Des Weiteren sprach sich der ehemalige Oberstudienrat für eine



Beschreibt sich als ungeduldig, aber gesellig: Günther Mack. FOTO: VIEW

Reform der Bildungspolitik aus, um überall gleiche Bedingungen zu schaffen.

Die innere Sicherheit liege Günther Mack sehr am Herzen. Das Gefühl der Sicherheit müsse zurückkommen, was er durch ein größeres Polizeiaufkommen umsetzen will. Mack betonte wiederholt, dass Angst

zu schlechten Lebensbedingungen führe. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sah Mack kritisch, da Deutschland aufgrund seiner Historie für militärische Operationen dieser Art nicht geeignet sei.

Den Wahlkampf 2017 bezeichnete Mack als „eine blamable Veranstaltung“. Er kritisierte, dass keine zukunftsrelevanten Themen in das Wahlprogramm der „großen“ Parteien übernommen worden seien.

Sehr direkte Worte fand Mack für den türkischen Präsidenten und dessen Politik: Trotz seiner Sympathien für das Land und dessen Bewohner bezeichnete Mack die aktuelle politische Lage als „Unding“ und beschuldigte die Regierung des „Verstoßes gegen demokratische Grundordnungen“. Mack zeigte sich persönlich enttäuscht von dem Weg, der eingeschlagen worden sei. Des Weiteren verurteilte er die Eingriffe in den deutschen Wahlkampf stark. Die Türkei habe besseres verdient, so Mack.